Bayern

Bericht zur Cybersicherheit 2025

[17.11.2025] Für Bayern liegt jetzt der diesjährige Bericht zur Cybersicherheit im Freistaat vor. Die Bedrohungslage ist demnach weiterhin hoch, mutmaßlich politisch motivierte Cyberangriffe nehmen zu. Bayern hat seine Schutzmaßnahmen angepasst und die Präventionsangebote für den Bereich Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt.

Bayerns Finanzminister Albert Füracker, Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich haben jetzt den Bericht zur Cybersicherheit in Bayern 2025 vorgestellt. Demnach ist die Bedrohungslage im Cyberraum auf einem anhaltend hohen Niveau, im Jahr 2024 wurden allein in Bayern mehr als 48.000 Fälle von Cybercrime bei der Polizei angezeigt. Die Dunkelziffer liege vermutlich um ein Vielfaches höher. Zudem professionalisieren sich die Tätergruppen zunehmend und nutzen vermehrt Künstliche Intelligenz (KI) für Cyberangriffe.

„Der Freistaat Bayern ist mit dem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – kurz LSI – als Schutzschild für das Bayerische Behördennetz stark gegen Cyberbedrohungen aufgestellt“, kommentiert Albert Füracker, Minister der Finanzen und für Heimat den Bericht. „Wir arbeiten weiterhin nach Kräften daran, den Angreifern immer einen Schritt voraus zu sein. Das Cyber Defence Center im LSI ist hierfür ein wesentlicher Baustein: Täglich werden rund 2,7 Milliarden Datensätze auf Angriffsindizien analysiert und 2024 rund 390 Millionen verdächtige E-Mails bereits beim Empfang blockiert – davon rund eine Million mit neuartigem Schadcode. Aber auch die Unterstützung der Kommunen und die Schulung unserer Beschäftigten durch Angebote des LSI sind von zentraler Bedeutung. Im kräftigen Schulterschluss der bayerischen Cybersicherheitsbehörden und durch die kürzlich abgeschlossene Kooperationsvereinbarung des LSI mit dem BSI (wir berichteten) treten wir den Cybergefahren entschlossen entgegen.“

Neue Straftatbestände erforderlich

Besorgt zeigen sich die Minister über die zunehmende Anzahl an mutmaßlich politisch motivierten Cyberattacken, heißt es vonseiten des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration. „Es muss davon ausgegangen werden, dass fremde Nachrichtendienste und staatlich gesteuerte ausländische Akteure vielfach Überlastungsangriffe, so genannte DDoS-Attacken, oder Desinformationskampagnen als Mittel zur politischen Einflussnahme und zur Manipulation der öffentlichen Meinung nutzen, um das Vertrauen in staatliche Institutionen und unsere Demokratie zu untergraben“, erklärt Herrmann.

Justizminister Georg Eisenreich verweist auf die Relevanz internationaler Zusammenarbeit, um den international operierenden Cyberkriminellen schlagkräftig begegnen zu können. Beispielsweise kooperiere die Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) weltweit mit wichtigen Akteuren. Es müsse außerdem der strafrechtliche Schutz gegen hybride Angriffe auf Deutschland gestärkt werden. „Viele der Straftatbestände stammen noch aus der Zeit des Kalten Krieges“, erklärt der Minister der Justiz. „Angesichts anhaltender Vorfälle wie Drohnenflüge über Flughäfen und Kasernen oder Fake News auf nachgeahmten Internetportalen muss der strafrechtliche Schutzrahmen für das 21. Jahrhundert fortentwickelt werden.“ Bayern fordere deshalb die Prüfung konkreter Maßnahmen wie die Einführung eines neuen

Straftatbestands für Drohnenflüge mit Spionageverdacht.

Essenziell für die Innere Sicherheit

Laut Eisenreich hat sich der Freistaat bestmöglich für die Herausforderungen bei der Cybersicherheit gewappnet. „Wir haben bei der Polizei ein flächendeckendes Netzwerk hochspezialisierter Fachkommissariate und -dezernate eingerichtet. Sie übernehmen die Ermittlungen bei Cyberangriffen und stehen den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, Behörden und Organisationen in Bayern kompetent zur Seite. Auch so genannte Quick-Reaction-Teams stehen rund um die Uhr zur Verfügung und können im Falle von Cyberangriffen gegen Unternehmen und Organisationen in Bayern unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen vor Ort initiieren."

Innenminister Herrmann bestätigt: „Der Schutz von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vor Bedrohungen aus dem Cyberraum hat sich in den vergangenen Jahren zu einem essenziellen Bestandteil der Inneren Sicherheit entwickelt. Wir treten den Gefahren aus dem Cyberraum wirkungsvoll entgegen. Dazu nutzen wir die Erkenntnisse aus der gemeinsamen Lagearbeit der bayerischen Behörden und Einrichtungen mit Cybersicherheitsaufgaben. Darauf aufbauend entwickeln wir die Fähigkeiten und Befugnisse unserer Sicherheitsbehörden bedarfsgerecht fort."

Bayern bleibt am Ball

Dementsprechend haben Bayerns Polizei, Justiz und Verfassungsschutz auf Grundlage der Erkenntnisse aus dem Cyberlagebericht ihre Präventionsangebote für den Bereich Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickelt, erklärt das Innenministerium. Bei der Zentralen Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) finden sich beispielsweise vielfältige Beratungsangebote, Informationsvideos und ein interaktives Fallbeispiel für Unternehmen und Organisationen, um sich gegen Cyberangriffe zu wappnen.

Darüber hinaus seien auch der fortlaufende Auf- und Ausbau von Fachkompetenzen und die Etablierung innovativer Ermittlungsmethoden, wie etwa Tools zur Verfolgung von Krypto-Zahlungsströmen, bei den Sicherheitsbehörden wichtige Bestandteile der bayerischen Cybersicherheitspolitik. Alle drei Minister kündigen an: „Wir werden auch weiterhin die Fähigkeiten unserer Cybersicherheitsbehörden weiterentwickeln, sodass sie im engen Schulterschluss unsere Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden im Cyberraum schützen können."

(ve)

Stichwörter: Innere Sicherheit, Bayern, Cybersicherheit